

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Werbefähiger Abonnementspreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Veranstaltet
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Stiftungs-Verein)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen von Seite:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Gesprächspartner: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 52.

Berlin, Mittwoch, 29. Juni 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Aus dem Lager der Gelben. — Die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte. — Die überfällige Aus- und Einwanderung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Aus dem Lager der Gelben.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die gelbe Bewegung sich innerhalb gewisser Grenzen halten muß. Daran haben auch die Unternehmer ein Interesse. Denn werden die Gelben zu stark, dann besteht die Gefahr, daß sie ihre Macht auch einmal wider den Willen ihrer Schutzherrn anwenden und gegen das Unternehmertum Stellung nehmen. Es ist also erfreulicherweise schon dadurch dafür gesorgt, daß die gelben Sumpfpflanzen nicht allzu üppig ins Kraut schießen.

Aber auch sonst hat es den Anschein, als wenn jene verführten Arbeiter, die sich durch den Mamon der Unternehmer haben blenden lassen, allmählich einsehen lernen, daß die gelben Vereine für sie keine Vorteile bieten. Denn es mehren sich in letzter Zeit die Fälle, wo die gelben Vereine alles aufbieten müssen, um die Scharen ihrer Getreuen auch nur einigermaßen zusammenzuhalten. Erst vor kurzem verlor die gelbe „Nationale Arbeiterverein Werk Krupp“ in Essen an seine säumigen Mitglieder ein gedrucktes Schreiben, aus dem hervorgeht, daß zahlreiche Arbeiter den Beitrag zum gelben Verein nahezu ein halbes Jahr schuldig geblieben waren und trotz schriftlicher Mahnung und wiederholter Aufforderung nicht bezahlt hatten. Daraus wurde mit Recht der Schluß gezogen, daß die betreffenden Arbeiter auf die Verbehalten der Mitgliedschaft keinen Wert mehr legen. Nicht viel besser sieht es in Augsburg aus, der Wiege der gelben Bewegung. Dort ist es nicht mehr möglich, Vertrauensmänner für den gelben Werkverein zu wählen. Dieselben werden einfach von der Vorstandschaft zu dem „Ehrenamt“ bestimmt. Auch hier hapert es bedenklich mit der Beitragsleistung.

Das sind einige Fälle für viele. An anderen Orten ist es um die gelbe Herrlichkeit nicht besser bestellt. Die Arbeiter erkennen, daß die geringen Vorteile, die ihnen durch die finanzielle Unterstützung seitens der Unternehmer zuteil wird, den schweren Schaden nicht aufwiegen, den sie sich selbst durch den Verzicht auf das Koalitionsrecht zugefügt haben. Ohne zu muhen, müssen sie sich die rückwärtsloste Behandlung durch ihre Vorgesetzten gefallen lassen; Lohnabzüge und andere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen müssen sie ruhig hinnehmen.

Hier und da allerdings hat man sich auch aufgebaut. Mehrfach haben Gelbe versucht, auf dem Wege des Streiks gar zu schlimme Zumutungen zurückzuweisen. Wir erinnern nur daran, daß es im Frühjahr 1909 in der Zweigabteilung Sidenburg der Maschinenfabrik Wudau in der Gießerei zu einem Ausstande kam, weil die Former es ablehnten, ihren im Streik stehenden Kollegen vom Saupwert in den Rücken zu fallen. Darunter befanden sich zahlreiche Mitglieder des gelben Werkvereins. Die Situation war derartig, daß die Zentrale der Gelben in Berlin Streifrecher nach Sidenburg schickte, die also ihren eigenen Gesinnungsgenossen in den Rücken fallen mußten. Auch in Vohringen, wo das gelbe Unkraut üppig wuchert, ist es zu gelben Streiks gekommen.

Diese für die Unternehmer nicht gerade erfreulichen Erscheinungen und auch die Tatsache, daß es mit dieser Art der gelben Bewegung nicht recht vorwärts gehen will, haben die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, das Sprachrohr der deutschen Echarfmacher, auf einen neuen Ausweg geführt.

In ihrer Nummer vom 19. Juni legt sie sich mit großem Eifer für die sogenannten vaterländischen Arbeitervereine ins Zeug, deren Bestrebungen sie allen Unternehmern warm empfiehlt. Diese vaterländischen Arbeitervereine sind nichts anderes als eine Spielart der Gelben. Sie ichamen sich „gelb“ genannt zu werden und haben nur ein anderes Aushängeschild gewählt, das zu Verwechslungen mit den auf nationalem Boden stehenden wirklichen Arbeiterorganisationen zu führen geeignet ist. In Wirklichkeit bedeuten diese Vereine nichts anderes als die gelben. Ihre Mitglieder erniedrigen sich selbst zu willenlosen Werkzeugen der Unternehmer. Das zeigt auch das Programm, welches der Ausschuss zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine zu Berlin veröffentlicht hat, und das nun die „Arbeitgeberzeitung“ „der dringenden Beachtung des organisierten Unternehmertums“ ans Herz legt. Nach diesem Programm wollen die vaterländischen Arbeitervereine „dem Mißbrauch des Koalitionsrechtes steuern“. Es kommt ihnen nicht an „auf die Ansammlung großer Vereinsmittel mit Hilfe der von den Gewerkschaften beliebten hohen Besteuerung der Mitglieder“. Die „gewerkschaftlichen Liebertreibungen des Genossenschaftsgedankens“ werden grundtätig bekämpft. Der „Verwendung von Vermögensüberschüssen zu unberechtigten Lohnkämpfen“ wird vorgebeugt. Das sind so einige Redewendungen, die die Bestrebungen der vaterländischen Arbeitervereine charakterisieren sollen.

Diese Bräken sind allbekannt. Sie kehren immer wieder, wenn es gilt, die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter zu bekämpfen, und so merkt man denn auch hier auf den ersten Blick, daß es sich nur um eine gegen jede gewerkschaftliche Bewegung gerichtete Strömung handelt. Es ist deshalb auch grundfalsch, wenn die „Arbeitgeberzeitung“ meint, es sei hier den Arbeitgeberverbänden Gelegenheit geboten, am großen Werke der Eindämmung des sozialdemokratischen Einflusses erfolgreich mitzuwirken. Nicht gegen die Sozialdemokratie richtet sich die Spitze, sondern gegen die Bestrebungen der Arbeiterchaft auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage überhaupt. Das zeigen ja am besten die oben angeführten Punkte aus dem Programm, und das Wort „vaterländisch“ bildet nur den Deckmantel für die wahren Zwecke jener Bewegung, die sich so liebevoller Bestürmung durch die „Arbeitgeberzeitung“ erfreut. Aber gerade dieses Moment wird jedem, dessen Stellung zu diesen vaterländischen Arbeitervereinen noch schwankend ist, die Augen öffnen über den wirklichen Charakter derselben. Wenn die „Arbeitgeberzeitung“ schreibt: „In diesem Sinne heißt es die Ansätze der vaterländischen Arbeiterbewegung zu schützen und zu fördern, wo und wie es auch nur immer angeht“, so ist damit deutlich zu erkennen gegeben, daß es sich hier um Bestrebungen handelt, die nicht im Interesse der Arbeiter, sondern einzig und allein in dem der Unternehmer liegen. In den aufgeklärten Schichten der Arbeiterchaft bestand darüber längst kein Zweifel mehr, für diejenigen aber, welche die Vorgänge in der Arbeiterbewegung nicht so genau und scharf verfolgen, bildet diese warme Empfehlung der vaterländischen Arbeitervereine durch die „Arbeitgeberzeitung“ sicherlich einen deutlichen Fingerzeig. Ob gelb, ob vaterländisch, der Name tut nichts zur Sache. In beiden Fällen handelt es sich um Arbeiter, die teils aus Unkenntnis, teils aus Gleichgültigkeit, teils aus Mangel an Selbstbewußtsein, teils aber auch, weil sie in anständigen Organisationen keine Aufnahme mehr finden und in diesen neuen Gebilden um trüben finden zu können glauben, sich der neuen Strömung ange-

schlossen haben. Sie werden keinen Segen davon haben, ebensowenig aber auch die Arbeitgeber. Die organisierte Arbeiterchaft wird dafür sorgen, daß auch über das Wesen dieser sogenannten vaterländischen Arbeitervereine genügend Aufklärung verbreitet wird. Wenn es in Wirklichkeit darauf ankommt, die national gesinnte Arbeiterchaft zu fördern, der braucht keine Neugründungen vorzunehmen. Die Deutschen Gewerkevereine stehen auf nationalem Boden. Sie sind aber auch bestrebt, die Lage der Arbeiterchaft in jeder Beziehung zu heben und zu fördern, zunächst auf dem Wege der Verständigung mit den Arbeitgebern, wo dieser Weg sich aber als nicht gangbar erweist, auch durch das Mittel des Kampfes. Davon wollen natürlich die hinter der „Arbeitgeberzeitung“ stehenden Kreise nichts wissen. Daher auch die Vorliebe für jene in Wirklichkeit pseudo-vaterländischen Arbeitervereine. Daß diese trotz eifrigster Förderung durch die Arbeitgeber nicht allzu große Bedeutung erlangen werden, dafür wird auch von uns hinreichend Sorge getragen werden.

Die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte

behandelt ein Artikel in Nr. 48 des „Gewerkeverein“. Man entnimmt daraus, daß sogar in Eifengießereien Frauen beschäftigt sind. Nach der Statistik waren es im Jahre 1907 bereits 4978 weibliche Arbeiter. Man kann wohl annehmen, daß heute das fünfte Tausend überschritten ist. Sehr richtig wird dabei bemerkt, daß diese Art Arbeit die allerungeeignetste für den weiblichen Organismus ist.

Wenn man aber dabei bedenkt, daß so manche Frau die ganze Zeit ihrer Mutterchaft in solchen dunstigen, staubigen Räumen zubringen muß, in einer Atmosphäre, der oft die kräftigsten Männer in der Blüte ihrer Jahre zum Opfer fallen, so kann man es nicht begreifen, daß von gesetzgeberischer Seite nicht schon längst Schritte geteiben sind, um solchem Raubbau an Volkskraft und Volksgesundheit Einhalt zu tun.

In der letzten Versammlung des „Ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinneninteressen“ im Berliner Rathaus ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß dieses Hineintreiben der Frauen aus dem Volke in das Erwerbsleben keineswegs ein Segen für die deutsche Nation sei. Die Frauen aber zu solcher Arbeit heranzuziehen, ist ein ungeheuerlicher Mißstand. Da kann auch Mutterchutz und Mutterchaftsversicherung nicht helfen.

Aber warum greifen denn die Frauen zu solcher Beschäftigung? Ist es der Trieb nach Gleichberechtigung? Will die Frau zeigen, daß sie es dem Manne gleich tun kann? Nein. Sondern der Mann wird fortgeschickt aus der Fabrik und dafür die billige und willige Arbeitskraft der Frau verwendet. Und die Not in den Familien der Arbeitslosen, sie treibt die Frauen zu jeder, auch noch so ungeeigneten Arbeit. In der Regel hält es aber ihr mürber Körper nicht lange aus, und nicht selten ist dauerndes Siedtum die Folge.

Allerdings muß mit Anerkennung konstatiert werden, daß von verschiedenen Seiten darauf hingewirkt wird, daß die Mädchen einen geeigneten Beruf erlernen. Aber, man sage doch einmal der Seimarbeiterin, die ihre Kinder schon im zartesten Alter zur Arbeit heranziehen muß, sage es der Fabrikarbeiterin, die die Tage, die Stunden zählt, bis ihre Tochter sie ablöst von der Fabrikarbeit, damit ihr kranker, starrer Körper etwas mehr der Ruhe pflegen kann, sage es ihnen allen, sie sollen ihre Töchter noch drei oder vier Jahre in die Lehre

geben! Sie werden antworten: „Das ist genau so, als wenn man dem Ertrinkenden den Rettungsring zeigt, aber ihm nicht die Möglichkeit gibt, ihn zu erreichen.“ Derartige Hilfe kommt in der Hauptsache nur solchen zugute, die der Hilfe nicht bedürfen.

Hier muß vor allen Dingen der Staat helfen durch zweckmäßige Gesetzgebung, eine Wirtschaftspolitik, die eine Verbilligung der Lebensmittelpreise ermöglicht, und durch eine Wohnungsreform, die es auch dem minderbemittelten Arbeiter ermöglicht, billig und gesund zu wohnen.

Es ist keine übertriebene Schwarzjeberei, wenn hervorragende Frauen- und Kinderärzte der Ansicht sind, daß das deutsche Volk der Verelendung entgegengeht, wenn es mit der Frauenarbeit weiter so fort geht wie bisher. Darum werden auch an vielen Orten Mutterschaftsversicherungen und Stillprämien aus Privat- und Gemeindebeiträgen geschaffen; darum greift auch allmählich in immer weiteren und maßgebenden Kreisen die Ansicht Platz, daß etwas geschehen müsse, um Mutter und Kind wirksamer als bisher zu schützen. Aus einem Berichte von Dr. Alfons Fischer-Karlsruhe geht deutlich hervor, daß nach der Statistik der Leipziger Krankenkasse bei erwerbstätigen Frauen und Mädchen weit mehr Fehl- und Frühgeburten vorkommen als bei solchen, die sich während der Zeit der Schwangerschaft schonen können. Mutter und Kind können aber nicht anders gesichert werden, als daß man versucht, die verheiratete Frau mehr dem Haus und der Familie zu erhalten als bisher. Es ist ja deshalb nicht nötig, daß man sagt, die Frau hat sich nur um ihre Kochtöpfe und um ihre Kinder zu kümmern. Die Frauenarbeit ist nicht aus der Welt zu schaffen, nicht um der Selbständigkeit der Frau willen — diesen Standpunkt habe ich nie vertreten —, sondern um des so notwendigen Verdienstes und der Industrie wegen. Aber es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um der allzu starken Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft Einhalt zu tun.

Es wird höchste Zeit, daß man auch aus Kreisen der Arbeiterchaft auf dieser Frage Stellung nimmt. Vielleicht wird man allmählich auch immer mehr zu der Ansicht gelangen, wie notwendig es ist, die Frauenorganisation zu unterstützen. Meine persönliche Überzeugung ist, daß, wenn die Frau aus dem Arbeiterstande ihre Pflichten als Frau und Mutter so erfüllen könnte, wie sie sollte, wir dann weniger Lungen- und Trinkerheilstätten, Säuglingsheime und Krüppelheime brauchen und — weniger Zuchthäuser!

Frau Leonhardt-Berlin.

Die überseeische Aus- und Einwanderung im Jahre 1909.

Während im Jahre 1908 die Zahl der Deutschen, welche der Heimat den Rücken kehrten, gegen das Vorjahr um 11 813 Personen zurückgegangen war, weist das Jahr 1909 wieder eine Zunahme der Auswanderer um 5038 Personen auf. Insgesamt haben im Berichtsjahre 24 921 Deutsche das Ausland aufgesucht. Aber auch diese Zahl ist erheblich niedriger als diejenige der früheren Jahre bis 1902.

Von den 24 921 Auswanderern nahmen 18 315 ihren Weg über deutsche Häfen. Bemerkenswert ist die starke Zunahme in der Verschiffung deutscher Auswanderer in holländischen Häfen. Ueber sie nahmen 4536 Auswanderer den Weg, während es im Vorjahre nur 1300 waren.

Die größte Zahl der Auswanderer stellte die Provinz Brandenburg mit Berlin; es waren 2299, darunter 914 weibliche. Damit ist die Provinz Bogen von der ersten Stelle, die sie in den Vorjahren eingenommen hat, verdrängt. Zieht man die Einwohnerzahl mit in Betracht, so weist Bremen wie in dem Vorjahre die meisten Auswanderer auf. Wie früher war das Reiseziel der meisten die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nicht weniger als 19 930 Auswanderer zogen dorthin. Nach Britisch-Nordamerika und Brasilien wandten sich je 367, nach den anderen Teilen von Amerika 3889, Australien empfangt 178, Afrika 26 und Großbritannien 164 Auswanderer.

Was den Beruf anbetrifft, so stellten diesmal Industrie und Gewerbe die größte Zahl der Auswanderer, nämlich 6840. Erst an zweiter Stelle kommt die Land- und Forstwirtschaft mit 5770 Personen. Ihr schließen sich an das Handels- und Versicherungsgewerbe mit 2561 und die häuslichen Dienstboten mit 1888 Personen. Diese Zahlen sind sehr interessant. Obgleich nämlich die Zahl der Auswanderer gegen das Vorjahr erheblich zugenommen hat, hat die Landwirtschaft, die in den früheren Jahren am stärksten an der Auswanderung beteiligt war, weniger Auswanderer zu ver-

zeichnen und ist dadurch von der ersten Stelle verdrängt worden.

Die männlichen Personen sind an der deutschen Auswanderung stärker beteiligt als die weiblichen. Von den 20 385 Personen, für welche hierüber Nachweisungen vorliegen, sind 12 234 männlichen und 8151 weiblichen Geschlechts. Mehr als 3/4 der Auswanderer stehen im Alter von 17 bis 50 Jahren; 50 Jahre und älter waren 1104 Personen.

Die Zahl der ausgewanderten Familien betrug 2361; ihnen gehörten an 1422 verheiratete und 2028 ledige männliche Personen, sowie 2117 verheiratete und 2013 ledige weibliche Personen. Auf eine Auswandererfamilie kommen also durchschnittlich 3,2 Köpfe. Einzeln reisten 12 805 Personen, von denen 2386 verheiratet waren. Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß die Auswanderung von Familien sich häufiger derart vollzieht, daß das Familienoberhaupt voranreist und seine Angehörigen später nachkommen läßt.

Die Auswanderung von Angehörigen fremder Staaten über deutsche Häfen hat im Berichtsjahre um 133 138 Personen zugenommen, nachdem sie im Vorjahre ganz erheblich zurückgegangen war. Im ganzen nahmen 239 637 Ausländer im Jahre 1909 ihren Weg über deutsche Häfen. Den Hauptteil an der Fremden-Auswanderung hatten Rußland mit 89 718, Oesterreich mit 83 220 und Ungarn mit 61 641 Auswanderern. In weitem Abtande folgen dann Bulgarien mit 1069, Rumänien mit 985, die europäische Türkei mit 941, die Schweiz mit 587 und Dänemark mit 409 Personen. Auch von diesen fremden Auswanderern ist die übergroße Mehrzahl, nämlich 215 625 nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgewandert. Von den nahezu 3000 Personen, die Großbritannien als Auswanderungsziel wählten, blieben nicht allzuviel dort; für viele von ihnen handelt es sich dabei nur um einen Zwischenaufenthalt auf der Wanderung nach überseeischen Ländern.

Die Nachweise über die überseeische Einwanderung sind weniger vollständig. Die Zahl der überseeischen Einwanderer einschließlich derjenigen, die von der amerikanischen Einwanderungsbehörde zurückgewiesen sind, belief sich auf 127 618. Das bedeutet gegen die Vorjahre (1908: 216 917, 1907: 217 612) einen ganz gewaltigen Rückgang, der zu erklären ist aus der Krise, die in den beiden Jahren die Vereinigten Staaten heimsuchte und viele zur Rückwanderung nach Europa veranlaßte. Die meisten Ein- bzw. Rückwanderer, nämlich 80 900, kamen aus Nordamerika, 8449 aus Südamerika, 981 aus Westindien und Mexiko, 1374 aus Ostasien, 4402 aus Afrika und 616 aus Australien.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 28. Juni 1910.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission. Nach der Vorlage soll eine Krankenkasse, die eine andere Kasse übernimmt und dadurch wesentlich belastet wird, das Recht haben, in der Satzung für die Aufgenommenen höhere Beiträge festzusetzen. Diese Bestimmung wurde gestrichen. Was die Rechtsansprüche der Ärzte an die Kassen betrifft, so wurde folgende Bestimmung geschaffen: Erklärt sich ein Arzt bereit, für die Kasse, die eine andere Kasse übernimmt, tätig zu sein, so kann er unter den gleichen Bedingungen zugelassen werden, die er mit der aufgenommenen Kasse vereinbart hatte, oder unter den Bedingungen, welche die aufnehmende Kasse mit ihren Kassenärzten vereinbart hatte. In den anderen Fällen sollen die Ärzte entschädigt werden.

Die nächsten Beratungen galten der Verfassung der Kasse und der Mitgliedschaft. Beschlossen wurde, daß wenn jemand aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidet, oder weiter Mitglied einer Kasse bleiben will, er dies der Kasse binnen 3 Wochen mitzuteilen hat. Die freiwillige Mitgliedschaft erlischt, wenn 8 Wochen hintereinander keine Beiträge entrichtet werden. Günstig kommt es vor, daß ein vermeintlich versicherungspflichtiger Arbeiter Mitglied einer Kasse ist und längere Zeit seine Beiträge bezahlt. Weibet er sich aber krank, so findet bisweilen die Kasse heraus, daß er gar nicht versicherungspflichtig ist, und verweigert die Krankenkasse. Um dieser Ungerechtigkeit abzuhelfen, wurde folgende Bestimmung angenommen: Hat eine Kasse für einen angeblich versicherungspflichtigen nach vorchriftsmäßiger Anmeldung 3 Monate die Beiträge angenommen und stellt sich nachher heraus, daß er nicht versicherungspflichtig gewesen ist, so muß die Kasse trotzdem die satzungsgemäßen Leistungen gewähren. Ausgeschlossen soll

dies nur sein, wenn der Kasse absichtlich eine unrichtige Anmeldung gemacht worden ist.

Hierauf begann die Beratung über die Zusammenziehung des Vorstandes und des Ausschusses und die Wahl des Vorsitzenden. Abgelehnt wurde zunächst die Bestimmung, daß bei der Landfrankenkasse die Satzung von der Bildung eines Ausschusses abgehen oder die Vorstandsgeschäfte dem Kassenvorsitzenden allein übertragen kann. Ueberaus gründlich war die sich anschließende Beratung über die Wahl des Vorsitzenden in den Ortsfrankenkassen. Die Regierungsvorlage bestimmt, daß die Vorstandsmitglieder der Ortsfrankenkassen den Vorsitzenden aus der Mitte des Vorstandes wählen. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen i. o. w. h. aus der Gruppe der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstande erhält. Wenn also der Vorstand aus 8 Arbeitnehmern und 4 Arbeitgebern besteht, und sämtliche Arbeitnehmer und 2 Arbeitgeber für einen bestimmten Vorsitzenden sind, so ist derselbe trotzdem nicht gewählt, weil er nicht aus der Mehrheit der Unternehmer für sich hatte. Leider waren alle Bemühungen, diese Bestimmung zu entfernen, vergeblich. Der Vorschlag der Regierung wurde mit allen Stimmen gegen die der Fortschrittler und Sozialdemokraten angenommen. Als Vertreter des Vorsitzenden darf ein Arbeitgeber nur dann bestellt werden, wenn die Mehrheit der Arbeitnehmer dagegen keinen Einspruch erhebt und umgekehrt ein Arbeitnehmer nur dann, wenn die Mehrheit der Arbeitgeber nichts dagegen hat. Die Wahlen zu den Krankenkassen sollen nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden. Die Bestimmung, daß die Satzung mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes ein anderes Wahlverfahren vorsehen, wurde gestrichen. Zulässig sein soll die Wahl nach Bezirken oder Berufsgruppen. Zwischen der Ausschreibung der Wahl und der Wahl selbst müssen mindestens vier Wochen liegen.

Die für die Landfrankenkassen in Aussicht genommenen Ausnahmestimmungen sind in den Hauptkassen gestrichen, so auch der Paragraph, nach dem von der Bildung eines Ausschusses abgesehen oder die Vorstandsgeschäfte dem Kassenvorsitzenden allein übertragen werden können. Ebenso fiel die Bestimmung, daß dem Gemeindevorstand das Recht zugestanden werden soll, den Vorsitzenden und die anderen Mitglieder des Vorstandes zu ernennen, während die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter in den Ausschüssen von der Vertretung des Gemeindevorstandes gewählt werden sollen. Sonach sollen zu den Arbeitervertreterwahlen für die Landfrankenkassen dieselben Vorschriften gelten wie für die Ortsfrankenkassen. Die Folge davon war, daß die Vertreter der Rechte auch die Lasten von sich abwägen wollen und mit den übrigen dafür stimmten, daß die Arbeitgeber nur ein Drittel und die Arbeitnehmer zwei Drittel der Beiträge bezahlen. Dementprechend wurde dann auch beschlossen, daß in den Betriebs- und Innungskrankenkassen die Arbeitgeber nur ein Drittel der Vertreter, die Arbeiter dagegen zwei Drittel derselben stellen. Die Anträge, welche auf einen stärkeren Schutz der Arbeitervertreter abzielten, wurden abgelehnt.

Neue Schwierigkeiten im Baugewerbe. Wie wir bereits mitgeteilt haben, weigern sich an verschiedenen Orten die Arbeiter, sich den Entscheidungen des Schiedsgerichts der Unparteilichen zu fügen. An vielen Orten haben sie die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt und sind in den Streik getreten, so in Leipzig, Düsseldorf, Breslau, Solingen und auch noch an anderen Orten. Infolgedessen hat sich der geschäftsführende Ausschuß des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe an die Zentralverbände der Bauarbeiter-Organisationen gewandt und unter Hinweis auf diese Vorkommnisse darum erlucht, die angeschlossenen Organisationen anzuweisen, den Entscheidungen des Schiedsgerichts sofort Folge zu leisten. Bis zum 27. Juni müsse die Arbeit überall aufgenommen sein. Sollte dies nicht geschehen, so wird zu Donnerstag, den 30. Juni, eine außerordentliche Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes nach Halle a. S. einberufen, die weitere Maßnahmen beschließen soll. Der Bundesvorstand hat seine Ortsverbände angewiesen, bevor die Arbeit nicht allgemein aufgenommen wird, nicht in die örtlichen Verhandlungen einzutreten, auch dort nicht, wo die Arbeit schon aufgenommen ist.

So sind bedauerlicherweise neue Konfliktpunkte entstanden, an denen übrigens auch die Arbeitgeber nicht schuldlos sind, da auch sie hier und da gegen die getroffenen Vereinbarungen verstoßen, indem sie Maßregelungen vornehmen. Im Interesse des Friedens, dessen das Baugewerbe nunmehr dringend bedarf, hoffen wir, daß die Arbeiter auch an denjenigen Orten, wo sie sich bisher

ablehnend verhalten haben, die Hand zum Frieden bieten und die Arbeit wieder aufnehmen. Andererseits muß aber auch von den Unternehmern erwartet werden, daß sie sich stricke an die Schieds-urprüche halten und nicht versuchen, wo es ihnen einbracht erscheint, an den Arbeitern ihr Mütchen zu fühlen.

Einen scharfen Vorstoß gegen die paritätischen Arbeitsnachweise hat eine Reihe von Unternehmerverbänden in Hannover unternommen. Der Oberpräsident der genannten Provinz plant nämlich die Gründung eines Verbandes niedersächsischer Arbeitsnachweise, dessen Zweck darauf hinausläuft, gemeinnützige Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage zu gründen. Der Oberpräsident hat dazu auch die Mitwirkung der Handelskammern erbeten und als Antwort darauf eine Eingabe erhalten, unterzeichnet vom Fabrikantenverein für Hannover-Binden und die benachbarten Kreise, dem Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete, dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und dem industriellen Arbeitgeberverband, in der er darum erucht wird, die Handelskammer aus dem Plane herauszulassen. Gleichzeitig ist auch bei der Handelskammer Hannover Vertretung gegen jede Beteiligung an der Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise eingelegt worden. Bezeichnend für die in jenen Arbeitgeberkreisen herrschenden Anschauungen sind folgende Sätze aus der Eingabe:

„Die unterzeichneten Vereinigungen zweifeln nicht, daß Euer Ergeßnis bei Ihren Bestrebungen auf Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise von den besten Absichten geleitet werden. Es ist uns ja bekannt, daß unsere im Heiden des sozialen Ausgleichs und der Parität stehende Zeit weite Kreise der Regierung, der Kommunen und der Wissenschaft auf den Plan rufen, um sich bei Lösung der sozialen Frage zu betätigen. Wir Männer der Praxis aber können uns nicht der Überzeugung entsagen, daß Theorie, Ratgeber und Wissenschaft in der Sozial-ökologie dabei in einer Weise hervortreten, die schwerere Schäden deutscher Unternehmungen im Handel und Industrie, Gewerbe und Handwerk heraufbeschwören und schon begünstigt haben.

Wir halten es aus Liebe zu unseren Verufen und zu unserem Vaterlande für unsere Pflicht, auch hinsichtlich der Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise die waarnende Stimme zu erheben und frei heraus zu erklären, daß wir jede Vermittlung von Arbeitskräften durch paritätische Nachweise solange ablehnen und unbenutzt lassen werden, als es im Deutschen Reich kein Gesetz gibt, daß uns als freien Staatsbürger verbieten könnte, diejenigen Arbeitskräfte selbst dazu beschaffen, wo wir sie in für uns geeigneter Weise und Qualität finden. Unter diesen Umständen glauben wir, daß die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise wenigstens überall da ohne praktischen Erfolg bleiben wird, wo Handel, Industrie und Gewerbe ihre Mitwirkung verlangen.“

Nun also! Wenn die Herren-Unternehmer die Vermittlung von Arbeitskräften durch paritätische Nachweise solange ablehnen, wie sie nicht dazu gezwungen werden können, wird es eben Aufgabe der Regierung sein, so bald wie möglich auf gesetzlichem Wege paritätische Arbeitsnachweise herbeizuführen. Man kann den Herren-Unternehmern also eigentlich nur dankbar sein für den deutlichen Fingerzeig, den sie hier der Regierung gegeben haben.

Arbeiterbewegung. Bei der Sambura-Altonaer Zentralstraßenbahn sind wegen Maßregelung einiger Kollegen sämtliche Schaffner und Führer in den Streik getreten. Der Verkehr kann nur mühsam und mangelhaft aufrechterhalten werden. — Die Dreher und Fräser der Firma C. D. Magirus, Militär- und Feuerlöschgeräte-Fabrik in Ulm a. D., sind mit Forderungen an die Firma herangetreten, die jedoch nur zu einem ganz kleinen Teil bewilligt worden sind. Falls die Betriebsleitung kein größeres Entgegenkommen zeigt, soll die Kündigung eingereicht werden. — Der Vertrag der Schmiede von Berlin mit der Zinnung ist abgelaufen, worauf von den Gesellen für den neuen Vertrag eine Reihe von Forderungen aufgestellt wurde. Der Zinnungsvorstand hat jedoch jede Verhandlung mit der Organisation rundweg abgelehnt und will von einer Löbnerhöhung nichts wissen. Darauf hat eine große Versammlung der Arbeiter beschlossen, die Arbeit niederzulegen. — In Wrotemberg sind die Glasergesellen in den Streik getreten, weil die Unternehmer es ablehnen, mit der Organisation zwecks Abschluß eines Tarifvertrages in Verhandlungen zu treten.

Für die Provinz Mantua (Ober-Italien) hat die Organisation der Landarbeiter einen Vertrag mit den Grundbesitzern abgeschlossen, der an mehreren Stellen gebrochen worden ist dadurch, daß Arbeiter unter dem Tarif beschäftigt wurden. Die Folge ist, daß der Generalstreik proklamiert wurde, an dem über 30 000 organisierte Landarbeiter bereits beteiligt sind. — Ueber sieben

Wochen haben in Christiania 2000 Bauarbeiter im Streik gestanden. Jetzt ist derselbe beendet worden mit dem Ergebnis, daß den Arbeitern Löhnerhöhungen von 10 bis 20 Prozent bewilligt und auf die von den Unternehmern geplante Verlängerung der Arbeitszeit und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen verzichtet wurde.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Mai hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im großen und ganzen gegen den Vormonat etwas gehoben. Nur ging in der Textilindustrie die Beschäftigung weiter zurück.

Die lebhaftere Beschäftigung, die im Monat April auf dem Ruhrkohlenmarkt einsetzte, nahm weiteren Fortgang. Auch im Saarreviere wurden größere Mengen Kohle gefördert als im Vormonate. Auf den oberflächlichen Gruben wuchsen trotz der wöchentlicher eingelegten zwei Feiertagen die Bestände weiter. In der Braunkohlenindustrie wurden die Erwartungen nicht erfüllt, wenn auch im allgemeinen eine Besserung sich sichtbar machte. In der Metall- und Maschinenindustrie lagen die Verhältnisse günstiger als im vergangenen Monate. In der Textilindustrie ist noch immer keine Wandlung zum Besseren eingetreten. Im Baugewerbe nahm die Beschäftigung trotz Fortdauern der großen Ausperrung wieder zu. Die Bekleidungsindustrie war noch reichlich beschäftigt.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat sich der Beschäftigungsgrad im Laufe des Mai nur wenig gehoben. Es ergab sich am 1. Juni gegenüber dem 1. Mai eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der Kranken um 8961, und zwar setzt sich diese Summe zusammen aus einer Zunahme der männlichen Mitglieder um 10 246 und einer Abnahme der weiblichen um 1285. Gegenüber dem Mai 1909 war die Zunahme im Mai 1910 um 57 593 geringer.

Nach den Arbeitsnachweisziffern hätte sich sogar im Vergleich zum Vormonate für die Männer die Lage nicht unerheblich verschlechtert, während für die Frauen das Verhältnis sich nicht wesentlich ungünstiger gestaltet. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Zahlenangaben vorliegen, kamen nämlich im Mai 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 183, bei den weiblichen 91 Arbeitsgesuche gegen 188 bzw. 90 im Mai 1909 und 166 bzw. 86 im April 1910.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt war die Lage im Vergleich zum Vormonate nicht ungünstig. Auch gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre kann von einer Besserung gesprochen werden. In Schleswig-Holstein wirkte die Ausperrung im Baugewerbe auch auf die Erwerbsmöglichkeit in den von der Ausperrung unmittelbar nicht betroffenen Verufen ungünstig ein. In Hamburg konnte nicht immer die gewünschte Anzahl ungelerner Arbeiter beschaftigt werden. Im Regierungsbezirk Düsseldorf wirkte die Bauarbeiterausperrung auf den Arbeitsmarkt nicht so einschneidend, wie man befürchtete. Selbst der Beschäftigungsgrad in der Holzindustrie war ziemlich gut zu nennen. In Sessen, Sessen-Rassau und Walded waren fast alle Industriezweige gut beschaftigt, und die Bauarbeiterausperrung vermochte wenig daran zu ändern. In Bayern, Württemberg und Baden gab es im allgemeinen reichlich Arbeit; besonders gesucht waren weibliche Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiterinnen.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betragen im April 132 732 173 Mark, d. h. 5 416 179 Mark mehr als im selben Monat des Vorjahres. Das bedeutet eine Mehrerinnahme von 62 Mark oder 2,47 v. H. auf 1 Kilometer.

Für den Nachtdünkel und den Terrorismus der „Genossen“ liefern die Vorgänge, die sich bei der Tarifbewegung der Brauer in Dresden zurzeit abspielen, einen deutlichen Beweis. Wie wir bereits mitgeteilt haben, lehnen es die Zentralverbändler in Dresden rundweg ab, gemeinsam mit unseren Brauergesellen den Tarif abzugeben, während andererseits die Brauereien erklärt haben, daß sie nur mit der Gesamtheit der Beschäftigten den Tarif abschließen würden. Der „Vorwärts“ kommt auf die Vorgänge in Dresden zurück und scheint das Verhalten der dortigen „Genossen“ als ganz selbstverständlich zu finden. Daß die Brauereien auch die Gewerksvereine in den Tarif einbeziehen wollen, wird als „ein unerhörtes Ansinnen“ bezeichnet. Wenn die Zentralverbändler ein Zusammengehen mit den Kirchen ablehnten, so

sei dies „ihrer prinzipiellen Stellung gemäß“ geschehen. Selbstverständlich fehlt es auch nicht an den üblichen Verdächtigungen, indem die Kirchen-Dunderschen als Unternehmerrückstuftruppe usw. hingestellt werden.

Diesen Terrorismus der „Genossen“ näher zu charakterisieren, können wir uns eriparen. Der Vorgang spricht für sich selber. Bezeichnend aber ist es, daß diejenige Gewerkschaftsrichtung, die sonst den Klassenkampfstandpunkt so energisch vertritt, hier die andere Organisation, die von jeher für den Tarifgedanken eingetreten ist, von dem Tarif ausschließen will. Gelingen wird dieser famose Plan hoffentlich nicht. In Berlin, Frankfurt und Kaiserslautern haben die „Genossen“ dasselbe Spiel getrieben. Sie haben aber kein Begeben müssen, als die Unternehmer fest blieben. Hoffentlich erleben wir dasselbe Schauspiel auch in Dresden!

Die Maifeierfrage hat auch auf dem in voriger Woche abgehaltenen Verbandstage des Deutschen Holzarbeiterverbandes eine Rolle gespielt. In der Debatte erfuhr die Maifeier eine sehr scharfe Kritik durch das Vorstandsmitglied Becker-Berlin. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ führte derselbe aus:

„Es müsse einmal gesagt werden, daß die Kollegen im Lande von der Maifeier nichts mehr wissen wollen. Es könnten Fälle angeführt werden, wo die Freigabe des 1. Maierfestlich festgelegt ist, die Kollegen doch arbeiteten. Dieses Jahr fiel der 1. Mai auf einen Sonntag, und selbst da wurde festgestellt, daß Kollegen sogar an diesem Sonntag in die Fabrik gingen. Aus der Maifeier sei nicht mehr das zu machen, was einzelne glauben. . . . Geiger-München glaubt, daß die Mittel, die für Maifeier-Maßregelungen ausgegeben werden, viel nützlicher angewendet werden können. Es erwecke den Anschein, daß man in Parteifreien bemüht sei, möglichst um die Maifeierfrage herumzukommen und die den Gewerkschaften aufzuhalten. Es sei am besten, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.“

Danach scheint es um den Idealismus der „Genossen“ recht schlecht bestellt zu sein. Selbst, als der 1. Mai auf den Sonntag fiel, hat man sich nicht geschaut, zu arbeiten. Als die Gewerksvereine in richtiger Würdigung der Angelegenheit es ablehnten, sich an der zweifachen Demonstration zu beteiligen, hat man ihnen die schwersten Vorwürfe gemacht. Jetzt sind die „Genossen“ endlich selbst zu der Erkenntnis gelangt, daß die Gewerksvereine doch recht hatten. Auch auf den Generalversammlungen des Metallarbeiterverbandes hat die Maifeier eine ähnliche Würdigung erfahren, so daß damit gerechnet werden darf, daß überall von den „freien“ Gewerkschaften in nicht allzu ferner Zeit die Maifeier ebenso in die Kumpelkammer verworfen wird wie die Lehre vom ehernen Lohngesetz. Ein neuer Beweis dafür, wie die Anschauungen der Deutschen Gewerksvereine mehr und mehr von den „Freien“ anerkannt werden müssen.

Wöchentliche Lohnzahlungen auf den Reichswerken. Mit dem 1. Juli wird auf den Werken des Deutschen Reiches für alle Anestellten und Arbeiter, die nach Stundenlohn bezahlt werden, die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt. Diese Art der Lohnzahlung geschieht auf Wunsch der Arbeiter, die schon oft darauf hingewiesen haben, welche ungünstige Wirkungen vielfach die langen Lohnfristen haben. Insbesondere wird bei den jetzigen Leuerungsverhältnissen bei laanen Lohnfristen die Borgwirtschaft hervorgerufen, die wiederum, wie beobachtet wurde, für die Arbeiter vielfache Uebelstände mit sich bringt, z. B. die, daß die Leute, die auf Borg leben, höhere Preise bezahlen müssen und schlechtere Waren erhalten. Soweit es noch nicht der Fall ist, sollten auch in anderen öffentlichen Betrieben die wöchentlichen Lohnfristen eingeführt werden.

Einen recht vernünftigen Standpunkt hat der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten auf seiner ordentlichen Generalversammlung angenommen, die vor kurzem unter dem Vorsitz des Reichstagsabg. Mang-Bamberg in Berlin tagte. Es wurde nämlich bezüglich der Arbeiterfrage als zweckmäßig anerkannt, bei entstehenden Differenzen mit den Arbeitern stets sofort Fühlung mit den Vorständen der Arbeiterorganisationen zu nehmen, um auf diesem Wege nach Möglichkeit Streiks zu vermeiden. Wenn alle Unternehmerverbände sich zu diesem Standpunkt aufschwingen könnten, würde zweifellos die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe ganz wesentlich herabgemindert werden.

Um so bedauerlicher ist es, daß dieselbe Generalversammlung den im Seimarbeitsgesetz geplanten Lohnämtern gegenüber eine ablehnende

Verbands-Zeil.

Veranstaltungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Verbandsklub der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221-23. Während der Sommermonate fallen die Sitzungen des Diskussionsklubs aus. - **Gewerksvereins-Liebertafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Liebungshunde im Verbandsklub der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). **Säße VIII.** - **Sonnabend, 2. Juli. Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8-10 Uhr Zablabend Fruchtstr. 36 a. Nächste Versammlung am 9. Juli. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Bonacker, Blücherstr. 61. Protokoll, Vortrag über Rauchverdrängung. Bericht über Gewerkschaftswahlen und Jugendorganisation. Verschiedenes. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung Gerichtstraße 71. I. D.: 1. Protokoll, 2. Mittelungen, 3. Berichtangelegenheiten (Regulativport). - **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr Ortsversammlung bei Krull, Putzmeisterstr. 51.

Orts- und Kreisvereine.

Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat bei Kodel, Berlinerstraße 120. - **Hortsmund (Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine).** Sonntag, 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, Ortsverbandversammlung im Hotel „Rheinland“, Reichstraße, Mühlstr. 6. - **Duisburg (Diskussionsklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hansen, Friedrich-Wilhelmstraße, Diskutterabend. - **Düsseldorf (Kostwirtschaftslehre).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsklub, Ruffstraße 29. Sitzung. - **Selbstschutz (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vortragsabend, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal E. Simon, Alter Markt. - **Kaaren v. Nachen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutterabend bei Lubewitz. - **Hamburg (Ortsverb.)** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Roonstr., Diskutterabend. - **Herrsching (Diskussionsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Rander, Döhrstr. - **Köln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Elfergasse. - **Leipzig (Gewerksvereins-Liebertafel).** Die Liebungshunde finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. - **M.-Stadbach (Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 9 Uhr, b. Herrn Joh. Janßen, Krefelderstraße 388. Jeder Kollege herzlich willkommen. - **Mühlheim - Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vortragsabend beim Hrn. Joh. Müller, Sandstraße 88. - **Stettin (Sängerchor der Gewerksvereine).** Die Liebungshunde finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. - **Zeig (Diskussionsklub für Zeig, Borsigwalde und Reichenhendorf).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Hecher, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. - **Weihenfels a. G. (Verbandsabteilung der Gewerksvereine).** Liebungshunde jeden Dienstag, abends 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerksvereinskollegen herzlich willkommen. - **Weihenfels (Diskussionsklub der Gewerksvereine).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Lagen (Bezirksleitung des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter). G. Wolf, Sagen i. B., Kirchstraße 14.

Stellung einnahm, weil man keine Einmischung des Staates in Lohnfragen wünscht.

Den geplanten Arbeitskammern steht man neutral gegenüber. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß man sich danach nicht lehne, da sie für die Unternehmer doch nur neue Lasten brächten. Man billige sie aber grundsätzlich, da auch den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung zugestanden werden müsse.

Alles in allem muß zugegeben werden, daß sich diese Lagung jedenfalls sehr vorteilhaft von anderen Veranstaltungen ähnlicher Art unterscheidet.

Zur Nachahmung empfohlen. Das heftige Justizministerium hat den Strafollstredungsbehörden einen Erlaß zugesandt, der den Zweck verfolgt, Jugendliche möglichst vor Freiheitsstrafen zu bewahren. Es kommt häufig vor, daß junge Leute zwar nur zu einer Geldstrafe verurteilt werden, weil sie dieselbe aber nicht aufbringen können, dann doch in das Gefängnis wandern müssen. Diesem schmerzlichen Uebel will der heftische Erlaß damit abhelfen, indem er empfiehlt, wenn eine Geldstrafe nicht aufgebracht werden könne, die Bestrafen und deren gesetzliche Vertreter zu veranlassen, entsprechende Anträge auf die Gewährung von Zahlungsfrist zu stellen. Die jugendlichen Bestrafen sollen also gewissermaßen durch Teilzahlungen in die Lage versetzt werden, die über sie verhängten Strafen zu zahlen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß nicht selten die Dienstherren jugendlicher Bestrafte auf den Wunsch der Vollstredungsbehörden erbötig sind, die Ablieferung der Teilzahlung an die zuständigen Stellen zu vermitteln.

Es wäre erfreulich, wenn dieses Vorgehen nicht auf Hessen beschränkt bliebe, sondern auch in den übrigen Bundesstaaten Nachahmung fände.

Der freie Sonnabend-Nachmittag ist in den städtischen Betrieben von Warmen eingeführt worden. In der Warmer Privatindustrie hat man damit schon vielfach Versuche und durchaus günstige Erfahrungen gemacht. Dieser Umstand hat den städtischen Kollegien Veranlassung gegeben, die städtischen Betriebe ebenfalls am Sonnabend-Nachmittag ruhen zu lassen, soweit es irgend wie angängig ist. Allerdings hat die Einrichtung einen bedenklichen Schönheitsfehler, insofern die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags durch Kürzung der Pausen an den übrigen Wochentagen erkauft werden soll. Offenlich gibt die Stadtverwaltung von Warmen diesen Kleinlichen Standpunkt auf. Der freie Sonnabend-Nachmittag ist auch möglich, ohne daß man die Arbeiter dafür an den anderen Tagen schädigt.

Gewerksvereins-Zeil.

Mannheim. Der deutsche Metallarbeiterverband hat sich noch nicht erholt von den Nadenchlägen, die er bei den Bewegungen bei Brown-Boveri und den Streikwerten in Mannheim erlitten hat, und schon

wieder fängt er eine neue Bewegung bei der Firma Heinrich Lang an. Wie bei allen vorangegangenen Fällen hat er auch dieses Mal keine der anderen in Betracht kommenden Organisationen vorher verständigt. Allein vorgehend, glaubte er, die anderen Organisationsrichtungen müßten bedingungslos nachmachen. Dabei ist es noch nicht vergessen, daß bei der letzten Bewegung bei Heinrich Lang es der Einwirkung bürgerlicher Kreise bedurfte, um dem deutschen Metallarbeiterverband eine größere Niederlage zu ersparen. Der nun bereits durch das einseitige Vorgehen des deutschen Metallarbeiterverbandes die Interessen der Arbeiter auf das schwerste bedroht sind und die Art des Vorgehens von den Kollegen, die im Gewerksverein der Maschinenbauer organisiert sind, nicht gebilligt werden kann, haben sich die Gewerksvereine veranlaßt gesehen, in dieser Sache selbständig vorzugehen. Eine Versammlung, die zu diesem Zweck einberufen war, nahm einstimmig nachstehende Resolution an:

1. Die heute am 22. Juni stattfindende, vom Gewerksverein Deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter (G.-D.) einberufene Versammlung Langsicher Arbeiter erklärt in bezug auf die Differenzen bei der Firma Lang, daß das Vorgehen des deutschen Metallarbeiterverbandes nicht geeignet ist, die Interessen der Gesamtheit der Langsicher Arbeiter zu wahren, und zwar aus folgenden Gründen:

- a) Mit seinem Vorgehen vertritt der Metallarbeiterverband lediglich sein eigenes Verbandsinteresse in agitatorischem Sinne. Dies geht daraus hervor, daß er die übrigen bei dieser Firma in Betracht kommenden Organisationen nicht nur ausschaltet, sondern sogar in den Abteilungsverfassungen bekämpft.
- b) Der Metallarbeiterverband ist nicht der alleinige und ausschließliche Vertreter der Langsicher Arbeiterschaft, und darum haben die übrigen Arbeiter keine Ursache, alles rücksichtslos anzuerkennen, was von dieser Seite geschieht. Auch der Arbeiterausschuß ist in ebenso einseitiger Weise zusammengesetzt und bietet daher keine sichere Gewähr dafür, daß die Interessen der Gesamtarbeiterschaft richtig vertreten werden.

2. Die Versammlung befaßt sich vor, selbständig Schritte zu unternehmen und mit der Firma in Verhandlungen zu treten zwecks Abstellung einzelner Säulen und Unannehmlichkeiten, die tatsächlich zum Schaden einer Anzahl Arbeiter in der Maschinenfabrik Heinrich Lang bestehen. Die Versammlung bebauert aber die Erklärung des Herrn Dr. Karl Lang am schwarzen Brett, worin den Arbeitern der Urlaub vorläufig entzogen werden soll.

Bei dem jetzigen Stand der Bewegung erscheint es nicht angebracht, näher auf den Gang der Dinge einzugehen. Nur eins sei konstatiert: An vielen Orten Deutschlands sind es die Gewerksvereiner müde, fort und fort alle unüberlegten Schritte des Metallarbeiterverbandes nachzumachen; denn die letzten Jahre haben bewiesen, daß der Metallarbeiterverband bei diesen Arbeiterkämpfen beinahe durchweg schlecht abgeschnitten hat. Können wir deshalb, ehe die deutschen Arbeiter zu viel Lehrgeld bezahen müssen, auch der deutsche Metallarbeiterverband zu der Einsicht kommt, daß nur durch gemeinsame Zusammenarbeiten aller Organisationen dauernde Erfolge für die Arbeiterschaft herbeigeführt werden können. Die Mannheimer Kollegen werden ruhig und unverzagt den betretenen Weg weiter gehen und können versichert sein, daß alle vernünftigen Arbeiter auf ihrer Seite stehen.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Leitfaden zum Gewerksvereinsgesetz von Dr. Max Girsch. Preis 30 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich v. Dr. Max Girsch. Preis 30 Pfg.
Arbeiterschutzgesetz von A. Erfelena. Preis 1,50 Mk.
Katechismus des Gewerksvereinsgesetzes und Kaufmannsgerichts von A. Erfelena. Preis 40 Pfg.
Die neutralen Gewerksvereine. Eine Widerlegungschrift gegen die christlichen Gewerkschaften von A. Erfelena. Preis 75 Pfg.
Muster zu Anträgen, Klagen, und Beschwerdechriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 30 Pfg.
Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.
 Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbeitrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.

Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandsleiter Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221-23.

Der Zentral-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine (Girsch-Punkt)

NO. 55, Greifswalderstraße 221-23

wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen. Fernspr. r: Amt VII, Nr. 4720.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigaretten für Mk. 3,-

Sin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konsummassen, Bombardiergeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigaretten für 2,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigaretten für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigaretten für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigaretten für 6 Mk.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. - 500 sende franco. - Nichtkonterenten nehme unfrankiert jurid. Berlin nicht unter 100 Stk. - **Ed. Heller.** Berlin, C. Kreuz Schönehauler Straße 18. - Begründet 1888.

Dug in Böhmen. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten ein Nachtlager und Frühstück oder eine Krone Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeiter. Vereinigungen, Eißelstraße 8.

Hamburg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterkunft. Boms beim Ortsverbandskassierer J. G. I. o. m. p. Altona, Al. Johannisstraße 25 III und beim Kassierer der Maschinenbauer Otto Seebler, St. Pauli, Eincolnstraße 6 I.

Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Katharinenstraße 2/3 II.

Halle a. G. (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Markt Reiseunterstützung beim Wanderkassierer T. a. u. b., Leipzigerstr. 98 H, oder freies Nachtquartier und Frühstück in der Verbandsherberge (Bäckerinnungshaus) am Hospitalplatz.

Forst L. S. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Besprechungskarten bei August Müller, Fruchtstr. 6 I. Mittags von 12-1, abends von 7-8 Uhr.

Liegnitz (Ortsverband). Besprechungskarten beim Ortsverbandskassierer Wilhelm Krause, Glogauerstraße 58. Berleberslokal, „Prinz v. Preußen“, Glogauerstr.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, S. Lübecke, Bant, Goethestr. 7.

Bremen. Die Auszahlung der Reisekosten der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeiterssekretariat Bremen, Doventorstr. 21, II. Eingang Kleine Fuhrleutestraße. Telefon Nr. 6468.

Weihenfels a. G. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten beim Kollegen Bischof, Leipzigerstr. 28.